

MANUEL PALZ

STEINIGER WEG IN MYANMAR

**HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN EINER SOZIALEN
UND GERECHTEN ZUKUNFT IN DEM SÜDOSTASIATISCHEN LAND**

Der Transformationsprozess in Myanmar hin zu einer partizipatorischen Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn es der Regierung gemeinsam mit der Opposition und der historisch starken Zivilgesellschaft gelingt, die katastrophalen sozio-ökonomischen Verhältnisse im Land nachhaltig zu verbessern. Dabei muss Myanmar aufpassen, dass es seinen Ressourcenreichtum sowie seine strategisch günstige Lage zwischen Indien und China nicht unter Wert verkauft und aus den Fehlern der neoliberalen Transformationsprozesse in Süd- und Osteuropa nach 1990 lernt. Es gilt, den Reformprozess nicht zu überstürzen, sondern die jahrzehntelang verschleppte «Modernisierung» mit Bedacht den burmesischen Gegebenheiten anzupassen.

Die erste zivile Regierung Myanmars seit über 50 Jahren um Staatspräsident Thein Sein und die Opposition stehen vor enormen sozialen, politischen und ökonomischen Herausforderungen. Das «Armenhaus Asiens» macht sich auf den Weg, eine verspätete Transformation nachzuholen; bereits 1990 keimte für einen kurzen Moment ein Funken Hoffnung auf Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Achtung von Menschenrechten in Myanmar auf, ehe das Militär ihn mit Waffen erstickte. Doch dieses Mal, so scheint es, ist das Militär bereit, sich über ihre Proxypartei¹ den Spielregeln anzupassen. Die ehemaligen Generäle in der Regierung sind gewillt, den Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben; die Aussöhnung zwischen Regierung und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gibt weiteren Anlass zur Hoffnung.

Hauptaufgabe dieser und der kommenden Regierung wird es sein, den notwendigen und bereits eingeleiteten Transformationsprozess sozial verträglich und nachhaltig zu gestalten. Gerade im Bereich der Sozialpolitik sind in den nächsten Jahren Entscheidungen zu treffen, die das Schicksal Myanmars bestimmen werden. Sollte es der Regierung nicht gelingen, die sozio-ökonomischen Probleme zumindest ansatzweise zu lösen, die bewaffneten Konflikte zwischen den ethnischen Minderheiten und der Zentralregierung zu entschärfen sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren, droht Myanmar eine unruhige, polarisierende Transition, die den inneren, sozialen Frieden gefährdet.

Die Regierung um Staatspräsident Thein Sein ist seit knapp zwei Jahren an der Macht und kämpft gegenwärtig mit Modernisierungsherausforderungen, die von der alten Militärregierung, der Thein Sein als Premierminister ebenfalls angehörte, hinterlassen wurden. Die Herausforderungen für

den gesundheitlich angeschlagenen Präsidenten und sein Kabinett könnten kaum größer sein: Die parlamentarischen Spielregeln sind noch fremd für die 664 burmesischen ParlamentarierInnen, krasse sozio-ökonomische Unterschiede zwischen Stadt und Land prägen die Gesellschaft, Myanmar rangiert zurzeit im durchaus kritisch zu betrachtenden Human Development Index (HDI)² auf Platz 149 von 186 gelisteten Ländern, deutlich hinter Kambodscha, Vietnam, Laos und Bangladesch. Im Vergleich liegt Myanmar ganze 0,2 Punkte hinter dem Durchschnitt der Region. Auch wenn der erste Eindruck bei der Ankunft in Yangon ein anderes Bild vermitteln mag,³ das Land zählt nach internationalen Standards zu den wenigen verbliebenen «Least Developed Countries», den sogenannten unterentwickeltesten Ländern. Ein Drittel der 54 Millionen⁴ BürgerInnen Myanmars kämpft täglich ums Überleben – sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Das Gesundheitssystem Myanmars ist nur schwach entwickelt. Die Kindersterblichkeit ist mit 62 Todesfällen bei 1.000 Geburten hoch, ebenso die HIV-Infektionsrate. Auch Unterernährung ist sehr weitverbreitet.⁵ Die alte Militärregierung gab nur circa zwei Prozent des nationalen Haushalts für Gesundheitspolitik aus, während mehr als die Hälfte des Bud-

1 Im Zuge der nationalen Wahlen 2010 wurde die Union Solidarity and Development Party (USDP) vom Militär als Proxypartei gegründet. **2** Der HDI wird von GlobalisierungskritikerInnen abgelehnt, weil die Variablen zur Ermittlung des «Entwicklungsstands» sehr stark mit Variablen zur Messung des Bruttoinlandsprodukts korrelieren, ökologische Faktoren kaum Berücksichtigung finden und kulturelle Faktoren völlig vernachlässigt werden. **3** Vgl. <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>. **4** Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bm.html>; die Weltbank spricht von ca. 48 Millionen Einwohnern und die Regierung in Myanmar gar von 60 Millionen. Ein Zensus zur genaueren Erfassung der Gesamtbevölkerung wird 2013/2014 durchgeführt. **5** Vgl. <http://www.savethechildren.de/index.php?id=34>.

gets in Militärausgaben gesteckt wurde. Mangelnde Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist nicht nur auf dem Land, wo rund 70 Prozent der burmesischen Bevölkerung leben und arbeiten, ein Problem; auch in den Städten fehlt es an einem geregelten Abwasser- und Frischwassersystem.⁶ Die Versorgung mit Elektrizität ist außerhalb Yangons, dem wirtschaftlichen Zentrums des Landes, unterentwickelt.

Eine weitere Herausforderung für die Regierung wird es sein, das marode Bildungssystem Myanmars zu reformieren und die Curricula internationalen Standards anzupassen. Im Jahr 2012 wurden nur 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aufgewandt. Zwar ist die Analphabetenrate im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen Myanmars vergleichsweise gering, aber gerade auf dem Land mangelt es an weiterführenden Schulen. Leider werden Kinder nicht selten für den täglichen «Brotgewinn» eingespannt. Beispielsweise nehmen Väter ihre Kinder mit zur Arbeit in die Industrieparks von Yangon und Mandalay oder in die Kupferminen im Inneren des Landes, um das spärliche Einkommen der Familien etwas aufzubessern. Kinderarbeit ist in Myanmar ein weitverbreitetes Phänomen.

HINDERNIS KORRUPTION

Viele Jahre wurde Myanmar von einem kleinen Kreis korrupter Militärs regiert, deren Verflechtungen und Beziehungen den wirtschaftlichen Fortschritt in diesem nun demokratischeren und freieren Land entscheidend behindern. Es ist nur schwer vorstellbar, dass der korrupte Zirkel neben der politischen Macht auch die ökonomischen Vorteile freiwillig abgeben wird, die er sich durch jahrelange Vetternwirtschaft angeeignet hat. Myanmar wird von Transparency International im «Corruption Perception Index 2012» auf dem alarmierenden Platz 172 von 176 geführt.⁷ Selbst auf Kosten der hungernden Bevölkerung werden Geschäfte gemacht, wie es das Beispiel von aus China importierter Reis-Saat zeigt: Die persönlichen Beziehungen des burmesischen Agrarministers zu chinesischen Saatgutproduzenten führen dazu, dass im Süden Myanmars tropenungeeignetes Saatgut an die Landbevölkerung verteilt wird, das nur durch den Einsatz teurer, chinesischer Pestizide überhaupt einen Ertrag abwirft – leider kein Einzelfall.⁸ In den Zentren Yangons und Mandalays fallen SpekulantInnen ein und treiben die Grundstückspreise in exorbitante Höhen: Im Stadtzentrum Yangons lassen sich mittlerweile für einen Quadratmeter Bodenpreise von 1.000 USD erzielen.⁹ Dieser rasante Anstieg führt dazu, dass die Bevölkerung die Mieten in den Städten von den niedrigen Löhnen kaum noch bezahlen kann und der Wohnraum knapp wird. Hinzu kommt die mangelnde Infrastruktur. InvestorInnen spekulieren auf lukrative Immobiliengeschäfte, hauptsächlich Hotels und Bürogebäude, um den Ansturm internationaler Geschäftsleute und Unternehmen bedienen zu können. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich in Myanmar eine ähnliche Blase entwickelt wie in Vietnam und den Tiger- und Pantherstaaten vor der Asienkrise von 1997.¹⁰

HERAUSFORDERUNGEN – ERSTE WEICHEN SIND GESTELLT

Der Transformationsprozess in Myanmar vollzieht sich derzeit in einer rasanten Geschwindigkeit. Oftmals ist es sogar so, dass auch die ParlamentarierInnen von der Zügigkeit der Gesetzgebung überrannt werden und Gesetzesinitiativen nur mangelhaft durchdacht sind. Nachbesserungen oder Revisionen gehören in der Hauptstadt Naypyidaw zur Tagesord-

nung. Fehlende Erfahrungen der ParlamentarierInnen sowie fehlende politische Strukturen erschweren den Gesetzgebungsprozess. Darüber hinaus müssen viele Gesetze der neuen Lebenswirklichkeit angepasst werden. Die Gefahr dabei ist, dass der Transformationsprozess aufgrund der Erwartungen der BurmesInnen und der internationalen Politik nicht nachhaltig entwickelt, sondern schnell durchgepeitscht wird. Die Herausforderungen sind groß – die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine bessere Zukunft nicht geringer.

Insbesondere muss vonseiten der Regierung darauf geachtet werden, dass die Interessen der einfachen Bevölkerung beachtet und verteidigt werden. Zurzeit versucht das burmesische Parlament, diese Aufgabe zu bewältigen und Fernsteuerung durch InvestorInnen und SpekulantInnen zu vermeiden. Dennoch: Wie bereits erwähnt zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Kluft zwischen den wenigen Reichen des Landes und der überwiegend in Armut lebenden Bevölkerung wächst. Gefährlich sind dabei die Verflechtungen von ehemaligen GenerälInnen beziehungsweise SystemfunktionärInnen und der wirtschaftlichen Elite, den sogenannten Crownies.

Das im März 2012 verabschiedete Gesetz zu Auslandsinvestitionen erlaubt, dass ausländische InvestorInnen und Unternehmen bis zu 100 Prozent Kapitalanteile übernehmen. Nur im Bereich der Infrastruktur sowie der Strom- und Wasserversorgung gelten noch Beschränkungen, die der burmesischen Bevölkerung noch mehr oder weniger «günstige» Preise zusichern. Doch auch hier macht sich durch die anhaltende Inflation von etwa fünf Prozent ein deutlicher Preisanstieg bemerkbar. Gleichzeitig sieht das neue Gesetz auch eine prozentuale Steigerung des Anteils burmesischer ArbeitnehmerInnen von mindestens 20 Prozent in den ersten zwei Jahren auf 75 Prozent nach sechs Jahren vor. Das Auslandsinvestitionsgesetz ermöglicht es AusländerInnen auch, Land von der Regierung über einen Zeitraum von 50 Jahren zu pachten. Diese Möglichkeit ist für viele InvestorInnen besonders lukrativ, da Myanmar aufgrund der fehlenden Sozialabgaben und der Steuererleichterungen für ausländische UnternehmerInnen in den Köpfen von InvestorInnen als das neue Niedriglohnland in Südostasien gilt.

Mehr und mehr Unternehmen drängen in den Markt. Begünstigt durch die strategisch exponierte Lage zwischen den Volkswirtschaftsgiganten Indien und China ist Myanmar als Standort interessant. Zusätzlich verfügt Myanmar über enorme Rohstoffreserven, die nahezu unerschlossen unter der Oberfläche liegen und das Interesse von InvestorInnen, aber auch Drittstaaten geweckt haben. Dieses Kapital muss das Parlament aus nationalem Interesse schützen, denn nur mithilfe der Einnahmen aus einem gezielten, nachhaltigen Abbau der Ressourcen und insbesondere unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung kann Myanmar sein Haushaltsdefizit von aktuell sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Griff bekommen. Bei Erschließung der Rohstoffreserven nach einem organisierten, durchdachten Abbauplan hat Myanmar das Potenzial, als Rohstoffquelle für die gesamte Region zu dienen.

Wichtig jedoch wird es sein, die sich ausweitenden Landkonflikte beizulegen. Durch das enorme Interesse an burmesischen Rohstoffen ist die Lebensgrundlage vieler Klein-

⁶ Vgl. <http://data.worldbank.org/>. ⁷ Vgl. <http://www.transparency.org/country#MMR>. ⁸ Gespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort. ⁹ Gespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort. ¹⁰ Als Tigerstaaten werden Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur bezeichnet. Unter Pantherstaaten versteht man gemeinhin Thailand, Malaysia, die Philippinen und Indonesien.

bäuerInnen akut gefährdet. In jüngster Zeit nehmen die Meldungen über die Verletzung von Land- und Landnutzungsrechten besorgniserregend zu. Guter Boden ist teuer, und die Regierung beziehungsweise die lokalen EntscheidungsträgerInnen sind daran interessiert, den Grund und Boden, der gegenwärtig von KleinbäuerInnen bewirtschaftet wird, zu astronomischen Summen zu verkaufen. Dabei werden der Bevölkerung Versprechen gemacht, die sich nicht an den realen Nöten der Menschen vor Ort orientieren oder nicht dem tatsächlichen Wert der Flächen entsprechen. Für viele Vertriebene bietet der «Umzug» in die zugewiesene neue Wohnung keine Verbesserung der Lebenssituation. Im Gegenteil sehen sich die BäuerInnen ihrer Existenzgrundlage beraubt, sodass sich durch die fehlende soziale Absicherung Zukunftsängste breitmachen. Besonders um das boomende Yangon herum sind Bodenkonflikte keine Seltenheit mehr. In einigen Regionen des Landes wurde die Wasserversorgung so massiv und mutwillig von InvestorInnen manipuliert, dass selbst bisher nicht betroffene Ackerflächen ausdörren und vielen Menschen ihre Lebensgrundlage genommen wird; alles, um die ohnehin unzureichenden «Kompensationszahlungen» noch weiter zu drücken.¹¹ Zwar hat die Regierung erst 2012 ein neues «Farmland Law»¹² verabschiedet, aber die Probleme und den Landraub, denen sich die Landbevölkerung ausgesetzt sieht, konnte es nicht nachhaltig lösen. Nach wie vor ist von unrechtmäßigen Konfiskationen fast täglich in den lokalen und internationalen Zeitungen zu lesen. BäuerInnen, die sich der Aufforderung, ihr Land zu verlassen, widersetzen, drohen Gefängnisstrafen. Das Militär spielt hierbei eine zentrale Rolle. Es ist für die Räumungen verantwortlich, und die «neuen» BesitzerInnen der geraubten Flächen sind häufig selbst auf das Engste mit dem Militär verknüpft. Wissend um die geringe Wahrscheinlichkeit, dass auch nach den Wahlen 2015 die USDP die Regierung stellen wird, versuchen Angehörige des Militärs, ihre Vormachtstellung auszunutzen und durch Spekulationsgeschäfte ihre Auslandskonten zu füllen. Zugute kommt ihnen dabei, dass Myanmar als letztes «unerschlossenes» Land der Region und durch seine strategisch günstige Lage eine interessante und attraktive Investitionslandschaft darstellt. Für die Landbevölkerung bedeutet dies aber eine existenzielle Bedrohung, da es offensichtlich ist, dass die persönliche Bereicherung einiger über den Interessen der Allgemeinheit steht. Die Fantasievorstellungen der InvestorInnen von Einkaufszentren, Golfplätzen oder Luxusresorts jedenfalls lindern die Nöte der Bevölkerung nicht.

NEUE FREIHEITEN

Demonstrationen gegen den Landraub finden in Myanmar immer häufiger statt. Auch auf lokaler Ebene schließen sich immer mehr BurmesInnen zusammen, um gegen die Zwangsenteignungen zu protestieren. In Fabriken und Minen gründen sich seit der Verabschiedung des Assoziations- und Versammlungsgesetzes im März 2012 immer mehr unabhängige Gewerkschaften und Assoziationen zum Schutz burmesischer Arbeitskräfte. Die neue rechtliche Grundlage ermöglicht es, dass ArbeiterInnen, BäuerInnen und andere Gruppierungen gewerkschaftliche Strukturen aufbauen und als Gemeinschaft ihre Interessen etwa gegenüber ArbeitgeberInnen und RegierungsvertreterInnen artikulieren. Gleichzeitig stärkt der Schritt die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung am Transformationsprozess, denn ohne eine gesetzlich verankerte Arbeiterbewegung drohen der «Aus-

verkauf» des Landes und das Ausbleiben nachhaltiger Entwicklungen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und des Minderheitenschutzes. Erfreulich ist, dass die Arbeitsgesetzgebung in Einklang mit den internationalen Standards der International Labour Organisation (ILO) steht und sich die Regierung mit der ILO auf eine Verlängerung des Memorandum of Understanding (MoU) einigen konnte. Die Regierung versucht also nicht nur, ausländischen InvestorInnen Myanmar schmackhaft zu machen; sie versucht im Wissen um die Gefahr, als nächstes Billiglohnland wahrgenommen zu werden, ihre (meist schlecht ausgebildete) Bevölkerung in einem globalisierten Myanmar vor der Gnadenlosigkeit des Marktes zu schützen.

Zusätzlich wird ein erfolgreicher Transformationsprozess hin zur pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie dadurch erschwert, dass Myanmar in seiner Bevölkerungszusammensetzung ein sehr heterogenes Konstrukt darstellt, dessen föderaler Aufbau den ethnischen Zusammensetzungen der Bevölkerung angepasst werden muss. Die Regierung hingegen möchte eine weitere Selbstständigkeit der Regionen beziehungsweise Staaten verhindern, weil sie ihrer Meinung nach sonst die Kontrolle über diese Gebiete verlieren würde. Auf der anderen Seite verschärften sich gerade hierdurch die Konflikte, da die ethnischen Gruppen nach mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung streben. Für die Wahlen 2015 stellt dieses Spannungsfeld in gewisser Weise eine Gefahr dar, weil die ethnischen Parteien proportional gesehen kaum Gewicht haben und sich all ihre Hoffnungen auf die National League for Democracy (NLD), die Partei um Aung San Suu Kyi, richten. Schaffen «die Lady» und ihre Partei es aber nicht, sich der wichtigsten Anliegen dieser Gruppen wie versprochen anzunehmen, wird es auch weiterhin immer wieder zu Konflikten kommen. Gerade weil besonders die ethnischen Minderheiten Myanmars von Armut betroffen sind und Bildungs- sowie Gesundheitseinrichtungen in der Peripherie kaum vorhanden sind, braucht es in Naypidaw eine starke Stimme für diese marginalisierten Gruppen.

Die Flüchtlingsfrage und die Rückkehr von ExilburmesInnen sowie der Umgang mit ehemaligen politischen Gefangenen wird die Regierung bis 2015 ebenfalls herausfordern. Die Menschenrechtssituation in Myanmar hat sich zwar seit dem Start des Reformprozesses verbessert, aber auch hier bedarf es weiterer Anstrengungen. Die ethnischen Konflikte gefährden die Stabilität. Eine Antwort darauf, wie mit den «staatenlosen» Rohingya umgegangen werden soll, bleibt die Regierung weiterhin schuldig. Darüber hinaus nehmen religiöse Spannungen in jüngster Zeit, wie so oft nach dem Ende einer unterdrückenden Diktatur, wieder zu und haben bereits zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Gerade in den schwer zugänglichen Grenzregionen, in denen verschiedene ethnische und religiöse Gruppen aufeinandertreffen, ist das Eskalationspotential hoch. Noch finden diese Berichte den Weg an die Öffentlichkeit nur vereinzelt, doch durch die jüngsten Reformen im Bereich der Pressefreiheit könnte sich dies schon bald ändern.

Waren Berichte über Landnahme und Enteignung, Arbeitskonflikte oder ethnische Unruhen noch vor wenigen Jahren vom roten Zensurstift betroffen, finden sie sich heute

¹¹ Gespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Vertretern des Unterhauses und Oberhauses des burmesischen Parlamentes. ¹² Gesetz zur gewerblichen Nutzung von ländlichen Flächen.

fast täglich in den Zeitungen wieder. Neben den politischen und wirtschaftlichen Reformen hat Myanmar auch einen großen Schritt im Bereich der Pressefreiheit vollzogen. Seit April 2013 unterliegen die Nachrichten nicht mehr der Zensur, und private, unabhängige Medien dürfen nahezu frei von Angst über Missstände und Korruption berichten und können somit Gestaltungs- und Bildungsfunktion übernehmen. Damit ist eine gewisse Transparenz erzeugt worden, die BürgerInnen werden differenzierter über die jüngsten Entwicklungen informiert. Auch die Zensur des Internets wurde gelockert, jedoch sind die infrastrukturellen Voraussetzungen den Medien des 21. Jahrhunderts noch nicht gewachsen. Freie und unabhängige Medien sind für einen erfolgreichen Transformationsprozess und mehr Partizipation vonseiten der BürgerInnen von immenser Bedeutung. Das Straßenbild Yangons ist geprägt von HändlerInnen, die Ausdrucke neuer Gesetze und Tageszeitungen verkaufen. Eine Zeitung und ein starker Tee gehören zum «neuen» burmesischen Alltag ebenso dazu, wie die Parteibuttons, mit denen die Bevölkerung die Werbetrömmel für ihre favorisierte Partei rührt.

EINE FRAU IST NICHT GENUG

Für eine nachhaltige demokratische Struktur in Myanmar ist es deshalb besonders wichtig, dass sich das Parteiensystem konsolidiert und festigt. Bei den letzten Wahlen 2010 beziehungsweise den Nachwahlen 2012 hat sich gezeigt, dass das Parteiensystem Myanmars hoch fragmentiert ist und es sich mehr um kurzfristige Interessenakkumulationen handelt als um politische Parteien mit profundem Aufbau und langfristigen Strategien. Auch die NLD, stärkste Oppositionspartei und einzige potenzielle Alternative zur USDP, steht gegenwärtig vor gravierenden Herausforderungen. Der Parteitag Anfang März 2013 hat dies noch einmal deutlich gemacht. Zwar wurde Daw Suu Kyi mit überwältigender Mehrheit an der Parteispitze bestätigt, zugleich wurden aber die großen strukturellen Probleme der NLD sichtbar.¹³ Neben den verfassungsrechtlichen Beschränkungen, die eine Kandidatur Daw Suu Kyis erschweren, gibt es innerhalb der NLD ein enormes Spannungspotential. Die Partei verfügt zwar über mehr als eine Million registrierter Mitglieder, doch gehört ein Großteil der FunktionärInnen zu den 70- bis 80-Jährigen. Auch Daw Suu Kyi ist bereits 66 Jahre alt. Junge NLD-Mitglieder klagen über den geringen Einfluss ihrer Generation in der Partei und die fehlende Zukunftsvision. Teilweise sieht es für Außenstehende danach aus, als ob die alte Gründergeneration so kurz vor ihrem Ziel, dem Machtwechsel 2015, nicht die Früchte ihres Freiheitskampfes an die jüngere Generation abgeben möchte. Zu einem Symbol für das demokratische Myanmar kann die NLD aber nur dann werden, wenn sie selbst demokratische Strukturen in ihrem inneren Aufbau zulässt und auch «die Lady» mehr als nur die eigene Agenda verfolgt. Die NLD wird ein umfassendes Parteiprogramm benötigen, denn das Charisma Daw Suu Kyis allein kann zwar helfen, die Wahl zu gewinnen, aber stabile und bessere Verhältnisse kann es nicht garantieren. Gerade die arme Landbevölkerung, die sich mit Spenden an die NLD nur so überbietet, setzt große Hoffnungen in die NLD. Die momentane Begeisterung der Bevölkerung kann bei einer ins Stocken geratenen sozio-ökonomischer Entwicklung schnell in Frustration umschlagen. Noch ist das Land von Optimismus beseelt, aber eine weiter zunehmende Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten und auf dem Land kann die Stimmung schnell kippen.

DIE CHANCEN FÜR EIN MORGEN

Möchte Myanmar, das im Jahr 2014 erstmals seit seiner Mitgliedschaft im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) den Vorsitz übernehmen wird, gegenüber seinen Nachbarn wirtschaftlich und strukturell aufholen, bedarf es in den kommenden Jahren einer extremen Anstrengung. Myanmar muss zeigen, dass die Reformen auch umgesetzt werden. Dabei kann es in der Region, trotz der jahrelangen Isolation, eine führende Rolle einnehmen. Schafft es die Regierung, Korruption und die sozialen Missstände in den Griff zu bekommen, ist dies auch ein Zeichen an die internationale Gemeinschaft, dass sich das neue Myanmar der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte verpflichtet fühlt. Gegenwärtig befindet sich Myanmar auf einem weitestgehend positiven Weg, auf dem zwar immer noch unzählige Hindernisse und Gefahren lauern, aber die Prognosen geben Anlass zur Hoffnung, dass der Transformationsprozess gelingen kann. Durch die Klärung der Altschuldenfrage, die mit dem Pariser Club im Januar 2013 vereinbart wurde, verfügt der Staatshaushalt jetzt über etwas mehr Investitionsvolumen und kann das Budget für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur erhöhen. Damit sollten zumindest kleinere Schritte im Bereich der Armutsreduzierung und der Ausbalancierung der sozialen Schieflage möglich sein. Die gelockerten Sanktionen seitens des Westens ermöglichen es Myanmar fortan auch wieder, Hilfsgelder für Projekte in Empfang zu nehmen. Letztlich bleibt der Wunsch, dass diese Gelder dann auch bei der betroffenen Bevölkerung ankommen und nicht im Sparstrumpf der Eliten landen.

Wichtig wird es sein, das verlorene Vertrauen in die Zentralregierung wieder herzustellen, das durch die jahrzehntelange Diktatur, Unterdrückung und Willkür der staatlichen Autoritäten nahezu vollkommen verloren gegangen ist. Die angespannten Beziehungen zwischen BuddhistInnen und MuslimInnen sorgen zurzeit wieder dafür, dass ein negatives Bild Myanmars gezeichnet und wahrgenommen wird. Sicher geben die Entwicklungen der letzten Wochen Anlass zur Sorge, dass der Transformationsprozess – wie so oft nach dem Zusammenbruch eines autoritären Regimes – eine gewisse Gewaltspirale auslöst, die Myanmar in seiner Entwicklung lähmt. Auch dieser Punkt kann letztlich nur zufriedenstellend gelöst werden, wenn die Transformation in Myanmar von der gesamten Bevölkerung des Landes mitgetragen und gestaltet wird. Die Bereitschaft der BurmesInnen zur politischen Partizipation ist groß und verbreitet Grund zum Optimismus.

Manuel Palz studierte Politikwissenschaft sowie Mittlere und Neuere Geschichte. Seit Dezember 2012 ist er im Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi tätig.

¹³ Vgl. <http://www.dw.de/suu-kyis-pro-democracy-nld-holds-party-congress/a-16657371>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juni 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling